

Protokoll

53. Sitzung (nicht öffentlich)

17. November 1989

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.30 Uhr bis 10.00 Uhr

Vorsitz: Frau Abg. Robels (CDU) (stellv. Vorsitzende)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600, 10/4601 und 10/4826

Einzelplan 04 - Justizminister

Vorlagen 10/2322 und 10/2323
Zuschriften 10/2812, 10/2849, 10/2941, 10/2979, 10/2996
und 10/3004

Der Ausschuß berät die vorliegenden Anträge und entscheidet darüber.

Die Anträge der SPD-Fraktion (s. Anlage 1) werden mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der CDU- und der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Die Anträge der CDU-Fraktion (s. Anlage 2) werden mit sechs Stimmen der SPD-Fraktion gegen die fünf Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P. und von zwei Mitgliedern der SPD-Fraktion abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird Einzelplan 04 mit den beschlossenen Änderungen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Berichterstatter: Abg. Klütsch (SPD)

2 Aktuelle Viertelstunde

Information des Justizministers über die Ermittlungen gegen einen Essener Untersuchungsgefangenen

Der Ausschuß nimmt eine Unterrichtung durch Minister Dr. Krumsiek entgegen.

- - - - -

Rechtsausschuß
53. Sitzung

17.11.1989
ei-pr

Aus der Diskussion

Zu 1: Haushaltsgesetz 1990

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600, 10/4601 und 10/4826

Einzelplan 04 - Justizminister

Vorlagen 10/2322 und 10/2323
Zuschriften 10/2812, 10/2849, 10/2941, 10/2979, 10/2996
und 10/3004

Die stellv. Vorsitzende verweist auf die bereits zur letzten Sitzung vorgelegten Anträge der SPD-Fraktion sowie die mit Schreiben vom 15.11.1989 den Ausschußmitgliedern zugeleiteten Anträge der CDU-Fraktion. - Die Anträge der SPD sind diesem Protokoll als Anlage 1, die der CDU als Anlage 2 beigelegt.

Abg. Klütsch (SPD) trägt vor, der mit Antrag Nr. 1 begehrte Haushaltsvermerk solle sicherstellen, daß mit der Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Dortmund so bald wie möglich begonnen werde. Bei den Anträgen 2 und 3 gehe es um insgesamt 14 Stellen für die Mutter-Kind-Einrichtung in Fröndenberg.

Abg. Dr. Klose (CDU) legt dar, seine Fraktion beantrage weniger, als sie ursprünglich beabsichtigt habe, mache damit aber deutlich, daß sie es nicht für vertretbar halte, daß sich im Justizvollzug die Arbeitszeitverkürzung zu Lasten der Mitarbeiter niederschlage. Es sei nicht verständlich, daß Überstunden gemacht würden und man zugleich eine Arbeitszeitverkürzung eintreten lasse, ohne daß dies Auswirkungen auf den Stellenplan habe.

Abg. Lanfermann (F.D.P.) geht darüber hinaus und bezeichnet es als generelles Problem des Haushalts, daß das, wozu die Regierung verpflichtet sei, nicht umgesetzt werde. Es habe keinen Sinn, einzelne Gruppen herauszugreifen. Deshalb werde er keine Anträge stellen und sich bei den Anträgen der SPD und der CDU der Stimme enthalten.